

BlattGRÜN

Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhausen

AUSGABE 02/2018

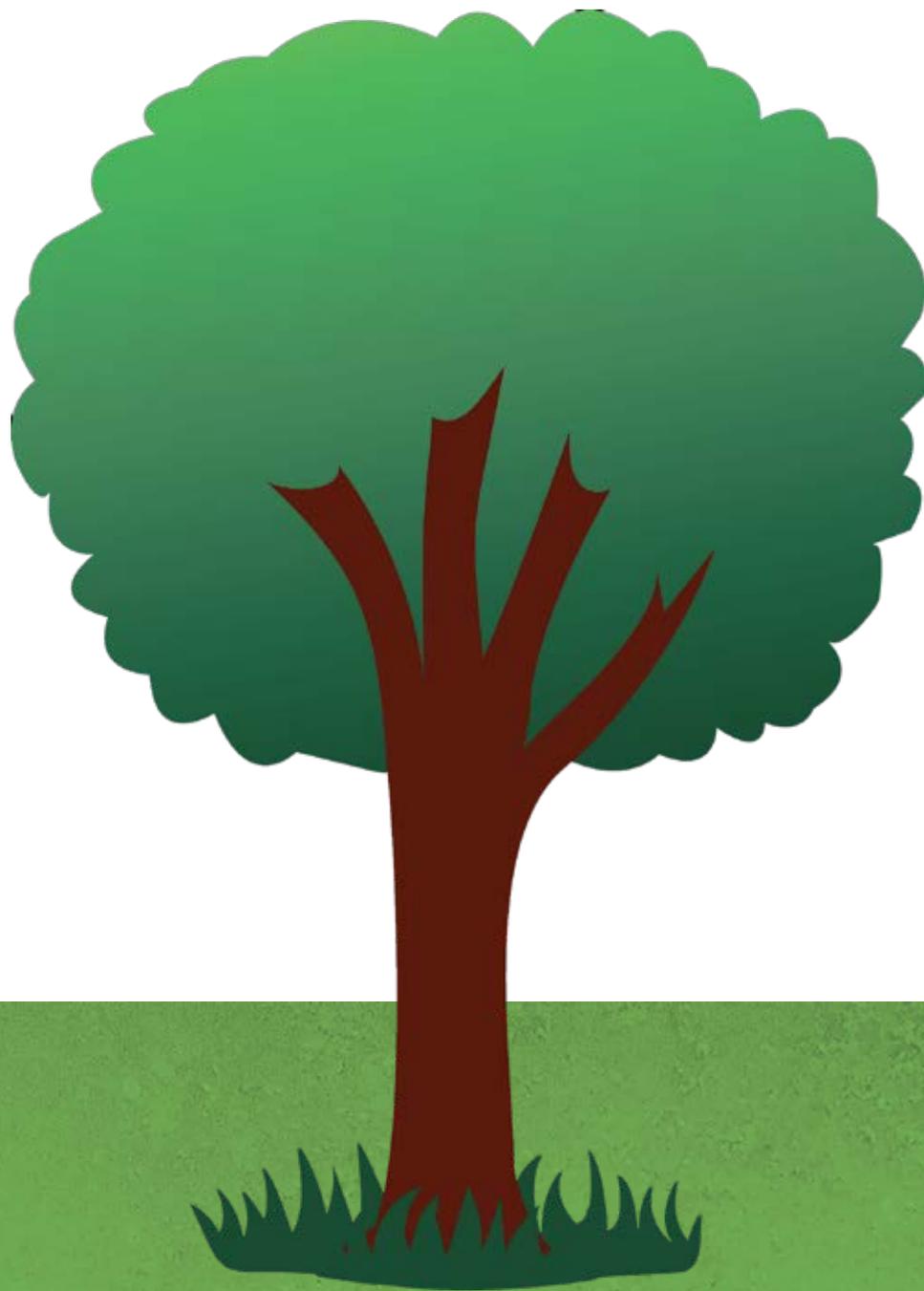


ALLTAGSRADELN

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

OBERHAUSEN





**IHM WERDEN
WIR NICHTS
ABSCHLAGEN**



Liebe Leserinnen und Leser!

„Ein Anfang ist gemacht“, stellte ich fest, als zu Beginn des Jahres der Förderantrag zur Anschaffung von 46 Elektro-Fahrzeugen durch die Stadttöchter formuliert war. Nichtsdestotrotz befinden wir uns eben erst am Anfang der Wende zur umwelt- und gesundheitsfreundlicheren Mobilität. Für uns Grüne gehört zuvorderst ein Umdenken in den Köpfen dazu, denn erst das erzeugt die Bereitschaft in uns allen, tatkräftig, nach eigenem Ermessen und Möglichkeiten daran mitzuarbeiten. Daher wollen wir nicht mit erhobenen Zeigefinger appellieren, sondern hier, in unserer Stadt alles Mögliche dafür tun, dass die Menschen gerne auf eine Fahrt mit dem eigenen Auto verzichten können. Somit machen wir uns viele Gedanken und diskutieren darüber, wie wir unsere Mobilität im Alltag umweltfreundlicher gestalten können, ohne den Einzelnen bzw. die Einzelne zeitlich und finanziell zu belasten. Das geht nicht im stillen politischen Kämmerlein, sondern bedarf eines breit angelegten Dialoges in der Stadtgesellschaft. Begonnen haben wir mit einem Diskussionsabend über das Alltagsradeln, über den Sie in der vorliegenden Ausgabe nachlesen können. Gerne nehmen wir dazu von Ihnen Anmerkungen und Anregungen entgegen.

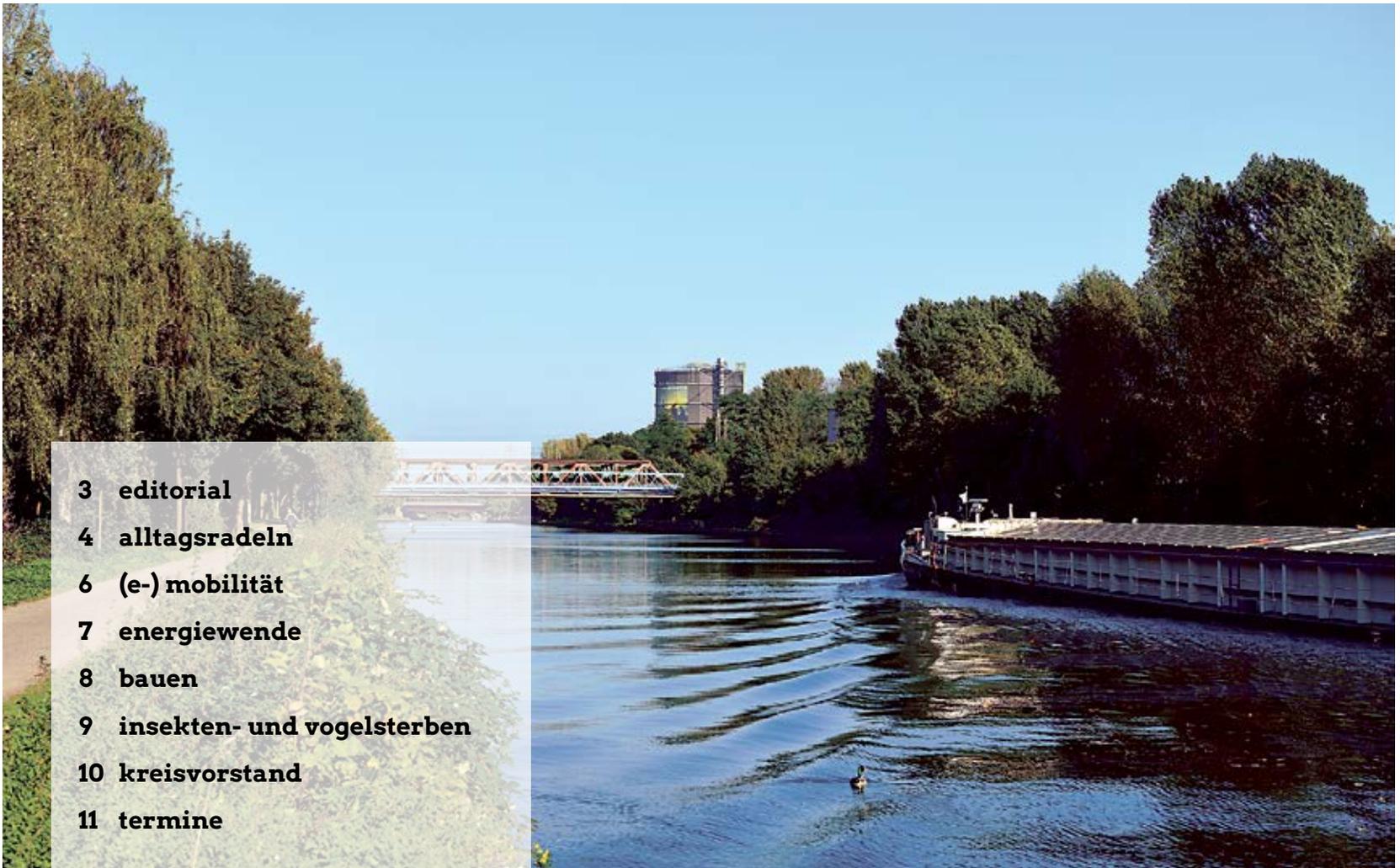
Zudem möchten wir Sie schon jetzt zum nächsten Stadtspaziergang am 1. September einladen. Den wollen wir außerordentlich nicht zu Fuß, sondern in weiten Teilen auf dem Rad zurücklegen, um die Möglichkeiten einer Trasse für einen Radschnellweg im Oberhausener Süden zu erkunden. Los geht es um 10 Uhr am Bahnhof Styrum, Richtung Oberhausener Hauptbahnhof.



Weitere Informationen können Sie frühzeitig unserer Homepage und der örtlichen Presse entnehmen. An dieser Stelle schließe ich vorerst und wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Andreas Blanke (Fraktionssprecher)

Foto: Armin Röpell



- 3 editorial**
- 4 alltagsradeln**
- 6 (e-) mobilität**
- 7 energiewende**
- 8 bauen**
- 9 insekten- und vogelsterben**
- 10 kreisvorstand**
- 11 termine**



Diskussionsabend

Stickoxide verpesten die Innenstädte, die Straßen sind mit Autos verstopft und Menschen, die das Rad nutzen, träumen von besseren Bedingungen. Die Fahrradnutzung im Alltag stand daher auf dem Programm des Diskussionsabends, den die Grüne Ratsfraktion in Kooperation mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad Club NRW (ADFC) Anfang Juni in der Fabrik K14 ausrichtete.

Fraktionssprecher Andreas Blanke, der die Diskussion moderierte, setzte zu Beginn eine klare Linie: Oberhausen wird nicht umsonst als fahrradfreundliche Stadt bezeichnet, das betrifft aber insbesondere die Radwege, die in der Freizeit genutzt werden. Für die Umsetzung der notwendigen Mobilitätswende und des Modal-Splits, der 25 Prozent des Verkehrsaufkommens aufs Fahrrad umlegen will, heißt es nun, das Rad für Kurzstrecken und den Weg zur Arbeit attraktiv zu machen.

Eingangs fragte Blanke die auf dem Podium sitzende Planungsdezernentin Sabine Lauxen, warum es der Stadt Oberhausen nicht gelingt, dem ruhenden und rollenden Autoverkehr Flächen wegzunehmen, um eine komfortable und sichere Fahrradverkehrs-Infrastruktur zu schaffen. Lauxen relativierte und verwies auf Planungen, die die Optimierung des Radverkehrs einbeziehen. Hier nannte sie exemplarisch

die etwa 30 neuen Raddetektoren, die Menschen auf dem Rad erkennen und für eine grüne Welle an ausgesuchten Punkten im Stadtgebiet sorgen. Sabine Lauxen räumte jedoch ein, dass sich zukünftig an vielen Stellen in der Stadt entschieden werden müsse, wem oder was der Vorrang eingeräumt wird. Deshalb benötige es die Stimmung, 'Ich will, dass Oberhausen fahrradfreundli-

cher wird!' Diese Stimmung muss aber erst einmal geschaffen werden."

In die gleiche Richtung äußerte sich Norbert Axt, Grüner Stadtverordneter und Vorsitzender des Umweltausschusses. „Oberhausen ist mit einer Radnutzung von 8 Prozent noch weit entfernt von den angestrebten 25 Prozent. Oft ist es doch die Gewohnheit, dass man gefühlt schneller mit dem Auto sei als mit dem Rad“, stellte er fest. Daher müssen sich die Gewohnheiten ändern, denn: „Vieles, was politisch eigentlich gewollt ist, scheitert an solchen Gewohnheiten.“

Ursula Augenstein, stellvertretende Vorsitzendes des ADFC NRW, hielt fest, dass der Radverkehr für den Alltag komfortabel und sicher sein muss, denn das Potenzial von 60 Prozent in der Bevölkerung, die Rad fahren würden, kann nur so genutzt werden. Viele hätten Angst, vor allem wenn sie schlechte Erfahrungen machen, indem sie gefährdet wurden, und stiegen dann einfach nicht mehr aufs Rad. Das sei besonders bedauernd, weil das Ruhrgebiet durch seine kurzen Wege ideale Bedingungen biete.

Verkehrswachstum bewältigen

Der Vierte auf dem Podium, Martin Tönnies, Planungsdezernent des Regionalverbands Ruhr (RVR), sagte, dass nach der „wahnsinnigen technischen Entwicklung der letzten Jahre, wie bei den Pedelecs, das jetzt genauso für die Infrastruktur erfolgen muss. Das



Verkehrswachstum kann nicht aufgehalten werden. Wir müssen uns daher fragen, wie wir es bewältigen. Da die Straßen voll sind, muss das Rad priorisiert werden. Wir brauchen das Fahrrad als vollwertigen Verkehrsträger!“ Die Niederlande machen vor, wie es geht. Aber: Die Niederlande hörten auch nie auf, Radwege zu bauen. Deutschland hingegen konzentrierte sich die letzten 40 Jahre aufs Auto. Daher, so Tönnes, sei es gut, dass sich endlich auch der Bund, der sich sonst nie für Radförderung zuständig sah, nun 25 Millionen Euro bundesweit investiere. Das sei zwar nicht übermäßig viel, aber die Notwendigkeit der Mobilitätswende sei als Nachricht angekommen.

Auch das Publikum meldete sich zu Wort. Lothar Ebberts von Pro Bahn prangerte für Radfahrer gefährliche Knotenpunkte wie am Sterkrader Hallenbad an. Dort bräuchte man sieben Minuten auf dem Rad, um die Kreuzung zu nehmen. „Werden diese Punkte nicht aufgelöst, wird das Alltagsradeln sich nicht durchsetzen“, stellte Ebberts fest.

Norbert Axt entgegnete, dass es für besagten Freitaler Platz eine Verkehrsführungsplanung gäbe. Die koste allerdings so viel, dass sie nicht umgesetzt sei.

Radwegparken ist gefährlich

Burkhardt Schmidt vom ADFC äußerte sich, indem er ordnungspolitische Maßnahmen für Sicherheitsprobleme forderte. Hier ärgere er sich speziell über Radwegparker. Sabine Lauxen regte in diesem Zusammenhang eine Offensive an, die gibt es unter anderem für Sauberkeit und Sicherheit. „Warum nicht fürs Fahrrad?“

Die Anwesenden waren sich über die Notwendigkeit sicherer Radabstellmöglichkeiten einig. Das Radschloss, eine vom VRR finanzierte sichere Abstellanlage am Sterkrader Bahnhof, so Lauxen, sei eine schöne Sache, aber würde bei weitem nicht ausreichen, damit die Menschen ihr Rad die oft beschriebene Kellertreppe nicht mehr hoch schleppen müssten.



Über das Alltagsradeln diskutierten: Ursula Augenstein (stellv. Vorsitzende ADFC NRW), Sabine Lauxen (Planungsdezernentin, Oberhausen), Martin Tönnes (Planungsdezernent, RVR) und Norbert Axt (Grüner Stadtverordneter und Vorsitzender des Umweltausschusses). Fraktionssprecher Andreas Blanke (links) moderierte.

Der letzte Themenblock, der über zweistündigen Diskussion, widmete sich dem Ausbau des Radwegenetzes, das auch Schnellwege vorsieht. Martin Tönnes, der als Planungsdezernent des RVR damit betraut ist, referierte knapp über alle wichtigen Rahmenbedingungen. Oberhausen hat das Potenzial für einen Radschnellweg, da dieser täglich von 2000 Menschen genutzt werden muss. Der RVR erarbeitete eine Art Bedarfsplan für die ganze Region, die 53 Städte umschließt und für die insgesamt 360 Kilometer Radwege entstehen sollen. Oberhausen stellt dabei sozusagen eine Drehscheibe für vier Radschnellwege dar. Für dieses Jahrzehnte-Projekt benötigt der RVR den Auftrag des Rates. Anfang nächsten Jahres ist daraufhin der Beschluss der Verbandsversammlung Ruhr nötig, um mit Land und Bund über die Umsetzung, somit Finanzierung zu reden. Letztlich übernimmt dann Straßen.NRW Planung sowie Bau.

Was die zwei zurzeit viel diskutierten Verläufe des Radschnellweges nach

Mülheim über den Hiberniadamm oder über die Lothringer- und Heidestraße anbelangt, machte Norbert Axt auf das diffizile Unterfangen aufmerksam. So ein Radschnellweg bedürfe gewissen Anforderungen, was zum Beispiel die Erreichbarkeit des Schnellweges oder die Breite von insgesamt sechs Metern betrifft. Deshalb will Axt sich politisch noch nicht festlegen, indem er eine Variante präferiert, sondern die anvisierte Machbarkeitsstudie abwarten. Dieser Position schloss sich Ursula Augenstein an. Für sie sei vorrangig, dass überhaupt gebaut wird.

Keinerlei Widerspruch kam sowohl aus dem Publikum als auch vom Podium als die Forderung nach Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und allen möglichen Interessensgruppen laut wurde. Dazu gesellte sich der Vorschlag, das in absehbarer Zukunft zu erstellende Mobilitätskonzept auf die Füße eines zuvor regen und breit angelegten Dialoges zu stellen.

Text & Fotos: (st)

Tobias Fleckner, Inhaber von „Fleckners Finest Food“ in der Sterkrader Bernarduskapelle, macht es vor: E-Mobilität ist alltagstauglich, auch, wie in seinem Fall, für einen Gastronomiebetrieb. „Mit dem griffigen Slogan ‚Wir fahren mit Strom und kochen mit Gas‘ verbindet Fleckner umweltrelevante Innovation mit gastronomischen Know-how“, sagt Andreas Blanke. „Wir befinden uns in einer wichtigen Phase des Umbruchs“, stellt der Grüne Fraktionssprecher fest. „Da braucht es Menschen wie Tobias Fleckner, die vormachen, wie die Mobilitätswende anzugehen ist und auch noch verstehen, damit ihr berufliches Image positiv zu prägen.“

Insbesondere der gastronomische Bereich, so die Ansicht der Oberhausener Grünen, hat derzeit eine nicht zu unterschätzende Schlüsselfunktion im Ausbau der Ladeinfrastruktur für Fahrzeuge, die mit Strom angetrieben werden. „Ob Hotel oder Kneipe: Bieten diese Lademöglichkeiten vom E-Bike bis zum Auto, ist das derzeit ein wichtiger Beitrag, um die Mobilitätswende voranzubringen. In absehbarer Zukunft wird das ein Service der Gastronomie sein, der Gäste anzieht“, befindet Blanke.

Beispiele dafür gibt es bereits: Ein Bäcker in Hilden bewirbt seinen Laden mit einem

angrenzenden Ladepark mit 15 Schnellladestationen. Die Gäste „tanken“ dort 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen wie den eigenen PV-Anlagen auf den Dächern der Backstube und des Carports. In der E-Mobilisten-Szene ist dieser Bäcker zu einem beliebten Treff vor allem am Wochenende geworden. „In Oberhausen sind wir auf dem Weg. Zum Beispiel finden sich nicht nur auf der Centro-Allee, sondern dort in einigen Park-

häusern Ladestationen“, erklärt Andreas Blanke. Auch bei der Ertüchtigung des Parkhauses an der Linsingenstrasse werden Ladestationen zur Verfügung stehen. „Mit den beantragten Fördermitteln sind wir auch absehbar in der Lage zum Beispiel in Park and Ride-Bereichen Lademöglichkeiten bereitzustellen. Nichtsdestotrotz: Vor Ort brauchen wir Menschen wie Tobias Fleckner, die schon jetzt mit uns an einem Strang ziehen.“



Familie Fleckner mit ihrem E-Auto und Fraktionssprecher Andreas Blanke (rechts).

Foto: Carsten Walden

Schwerpunkt „Mobilität“

Auf ihrer Tagesklausur im Mai beschäftigte sich die Grüne Ratsfraktion schwerpunktmäßig mit dem Thema „Mobilität“. Vom Status quo der Ladeinfrastruktur über den „Tag der E-Mobilität“ bis hin zu Verbesserungen des öffentlichen Nahverkehrs und die Attraktivierung des Alltagsradelns wurden von der Fraktion im Sterkrader „Jahreszeiten“ diskutiert. Als Gast war die Planungs- und Umweltseniorin Sabine Lauxen vor Ort. Sie berichtete über den Bearbeitungsstand des vom Rat beschlossenen „Tages der E-Mobilität“, der am 22. September stattfinden soll. Auch wenn noch kein Austragungsort gesetzt ist, so zeigte sich Lauxen zuversichtlich, was die Ausführung angeht. „Wir werden Wege finden, dass alle interessierten Bürgerinnen und Bürger die E-Mobilität auch

erleben und testen können. Vom E-Auto bis zum Pedelec werden ausreichend E-Fahrzeuge für einen Praxistest parat stehen.“ Darüber hinaus sei ein breites Informationsangebot mit zahlreichen Fachleuten in Planung. Fraktionssprecher Andreas Blanke zeigte sich hingegen weniger erfreut über den schleppenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge in Oberhausen. „Wir können zwar feststellen, dass die Fachverwaltung ihre Arbeit bisher ordentlich und zügig erledigte, insbesondere was die Akquirierung der zahlreichen Fördermittel angeht. Von der evo fehlte aber zur Zeit der Fraktionsklausur im Mai immer noch ein befriedigendes Zeichen in Sachen Standortplanung für Lademöglichkeiten.“ Zudem, so stellten die Grünen fest, sei

anscheinend nach wie vor ungeklärt, wie die evo mit dem Ratsbeschluss umgehen will, der vorsieht, dass die Stadt nach der nächsten Ausschreibung ausschließlich zertifizierten Ökostrom beziehen will. „Das betrifft auch die Ladeinfrastruktur, denn E-Fahrzeuge, die Kohle- oder Atomstrom tanken, machen einfach keinen Sinn“, so Blanke. Enttäuscht zeigte sich die Fraktion über das bisher nicht erfolgte Abschöpfen von Fördermitteln seitens der STOAG. Diese nutzte bis dato nicht die Möglichkeit, mittels Fördergeldern weitere E-Busse anzuschaffen. Zwar ist eine Machbarkeitsstudie in Arbeit, jedoch wurde bislang kein Förderantrag gestellt. Dies birgt die Gefahr, dass die Fördermittel von anderen Verkehrsunternehmen ausgeschöpft werden.

Energiewende



Fotos: privat

Wenn viele kleine Leute an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, können sie das Gesicht der Welt verändern. *(afrikanisches Sprichwort)*

Teil I

Seit dem 1. November 2017 arbeiten Josef Göppel und ich als Energiebeauftragte für Afrika des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Wir sollen vor allen Dingen Erneuerbare Energien und dezentrale Bürgerenergie in Afrika fördern. Warum machen wir das ehrenamtlich?

Die Energiewende - die große Erfolgsgeschichte

Deutschland hat im Jahre 2000 den Atomausstieg beschlossen und gleichzeitig mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz eine alternative Stromproduktion aufgebaut. Diese Energiewende ist eine Erfolgsgeschichte. Gerade weil Josef Göppel und ich von so unterschiedlichen Parteien wie der CSU und den Grünen kommen, stehen wir damit für einen wichtigen Schlüssel für den Erfolg. Denn der gelang nur, weil Bundestagsabgeordnete von allen Parteien sich für die Erneuerbaren Energien und die Energiewende eingesetzt haben.

Gestartet sind wir mit weniger als 5 Prozent Erneuerbaren Energien im Strommix von Deutschland und die großen Energiekonzerne haben teure Anzeigen geschaltet, dass die Erneuerbaren Energien nie über 5 Prozent des Strommixes kommen würden. Tatsächlich haben wir durch unser Prinzip, dass jeder Bürger, jede Bürgerin in Erneuerbare Energien investieren kann, eine Dynamik ausgelöst, die selbst für uns Befürworter und Antreiber der Energiewende überraschend war. Über 1,5 Millionen Menschen haben mittlerweile in Photovoltaik, Windkraft oder andere Erneuerbare Energie investiert. Sie sind also Prosumer: Sie produzieren und konsumieren Strom. Hunderte von Energiegenossenschaften wurden gegründet und Bürgerenergie aufgebaut. Fast 350 000 Arbeitsplätze wurden geschaffen. Vergleicht man das mit den 20 000 Arbeitsplätzen in der Braunkohle (offizielle Zahlen der IGBCE) ist das auch von der Zahl der Arbeitsplätze eine Erfolgsgeschichte. Vom Nettostrom in Deutschland im Jahre 2017 entfielen 38,5 Prozent auf Erneuerbare Energien. Am 1. Januar 2018 wurde das erste Mal für einige

Stunden die gesamte Stromnachfrage in Deutschland von Erneuerbaren Energien gedeckt.

Das ist ein grandioser Erfolg in so kurzer Zeit!

Mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) haben die Bürger*innen in Deutschland die Technologieentwicklung von Photovoltaik und Windkraft finanziert. Durch unser EEG sank der Preis für Photovoltaik in gut zehn Jahren um mehr als 80 Prozent.

Damit ist Photovoltaik auf der ganzen Welt bezahlbar geworden, insbesondere in den Ländern mit hoher Sonneneinstrahlung.

Wenn heute Photovoltaik mit Angeboten von unter 2 Cent pro Kilowattstunde die Auktionen in solchen Ländern mit Abstand auch vor anderen Technologien gewinnt, dann ist das Deutschland und der Energiewende zu verdanken.

Gleichzeitig sind die Erneuerbaren Energien aber auch die Schlüsseltechnologie für die Überwindung der Klimakrise, die unsere Lebensgrundlage zu zerstören droht.

Bärbel Höhn



Hohe Nutzungskosten durch nachhaltige Bau-standards vermeiden

Regina Wittmann, stellvertretende Fraktions- und planungspolitische Sprecherin, über den Antrag „Bauen nachhaltig gestalten – Folgekosten bei Investitionen verstärkt berücksichtigen – aktuelle Planungen nicht gefährden“, den die GRÜNEN mit den Koalitionspartnern von SPD und der FDP stellten und den der Rat am 19. März 2018 einstimmig beschloss:

Die Stadt Oberhausen baut beziehungsweise lässt bauen - und, so wie es aussieht, immer mehr, wenn wir nur die heutige Diskussion um die dringend erforderlichen Kitas als Beispiel nehmen. Wenn wir investieren können, um wichtige Angebote für unsere Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, ist dies nur positiv für unsere Stadt.

Indem wir bauen, schaffen wir bleibende Werte und nehmen dazu viel Geld in die Hand. Und dabei werden bereits mit der Planung von Gebäuden auch grundsätzliche Entscheidungen über spätere Folgekosten getroffen - Kosten, die dann langfristig unseren städtischen Haushalt belasten.

Man sagt, dass Investitionskosten wie die Spitze eines Eisbergs aus dem Wasser ragen. Der größte Teil aller für ein Gebäude aufzuwendenden Kosten - etwa 85 Prozent - bleibt unsichtbar. Das sind die Nutzungskosten. Unter Umständen stellt sich erst im Betrieb heraus, dass die Errichtung gut im Kostenrahmen lag, die Neben- und Betriebskosten jedoch eine Belastung darstellen. Und dies lässt sich dann nicht mal eben wieder ändern, so wie man zum Beispiel den Kühlschrank oder die Lampe gegen eine energieeffizientere Variante austauscht.

Hohe Folgekosten lassen sich beeinflussen beziehungsweise vermeiden, wenn sie bereits mit der Planung in

den Blick genommen werden. Dies lässt sich sogar berechnen, denn dazu gibt es die „Lebenszykluskostenrechnung“, längst ein etabliertes Verfahren im Bauwesen. Sie betrachtet das Bauen konsequent unter dem Kostenaspekt, von der ersten Idee bis zur Entsorgung. Die zentrale Frage ist dabei: Was lässt sich bereits bei der Planung berücksichtigen, um spätere hohe Folgekosten zu vermeiden und ein effizientes Gebäude zu erhalten? Und wo lohnen sich Mehrinvestition beim Bau, da sie mittel- und langfristig zu Einsparungen führen?

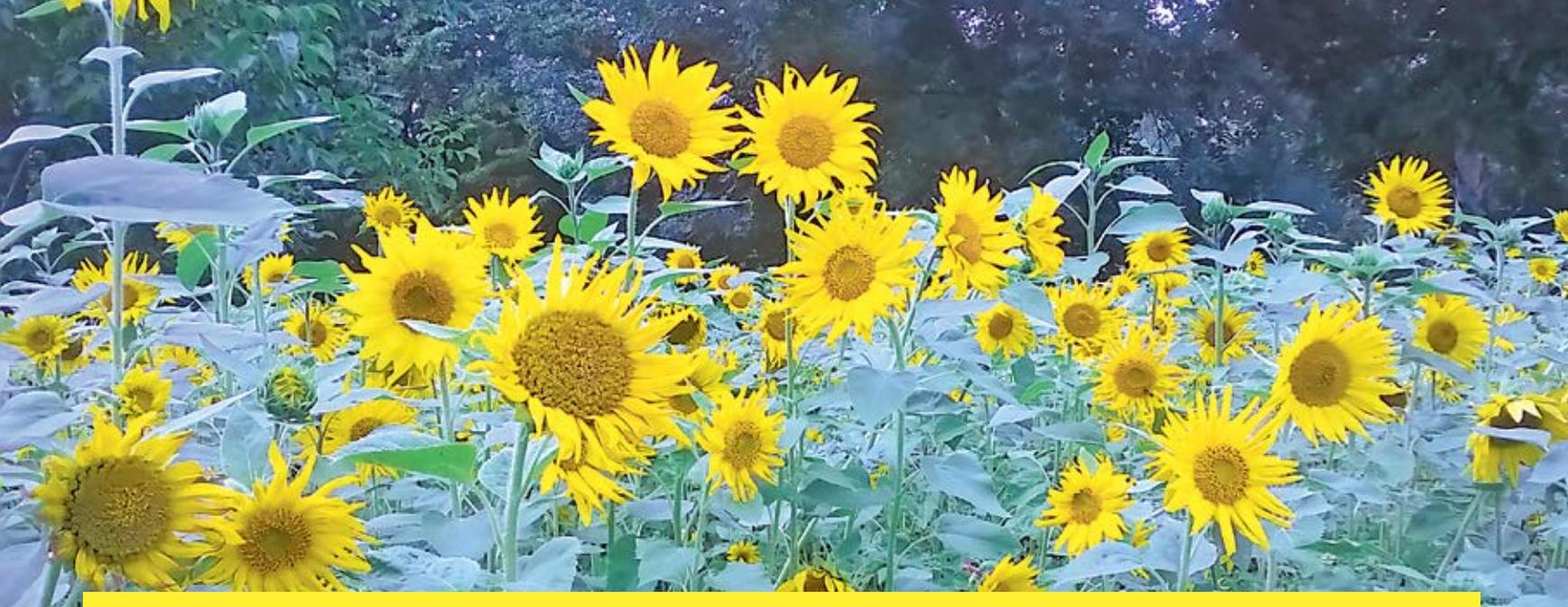
Folgend einige Beispiele:

- Energetischer Standard, Heizungsanlage, Strom, Wartung, Instandhaltung;
- Betriebskosten bei der Beschaffung und Auswahl haustechnischer Systeme durch bessere Technik (Energierückgewinnung, lastabhängiger Betrieb etc.);
- Materialität: Dauerhaftigkeit. Oberflächenschutz, um Reinigungskosten zu vermeiden;
- jährliche Erträge, die Betriebs- und Unterhaltungskosten verringern, wie durch Photovoltaik.

Wir Grünen möchten den Ansatz der „Lebenszyklusbetrachtung“ auch in unserer, hier bei der Stadt gelebten Planungspraxis für uns nachvollziehbar verankern: Einem Antrag, den wir dazu mit der Koalition eingebracht haben, folgte der Rat der Stadt erfreulicherweise einstimmig und beauftragte die

Verwaltung bei künftigen mittel- und langfristig planbaren Investitionsvorhaben verstärkt die zu erwartenden Folgekosten zu berücksichtigen. Denn wir wollen langfristig die ökologischen und ökonomischen Effekte nutzen, die sich im Vergleich zu einer eventuell zu kurz gedachten preiswerten Bauweise für Umwelt und Haushalt ergeben. Konkret soll die Verwaltung dem Rat Vorschläge unterbreiten, mit welchen Instrumenten die Lebenszyklusbetrachtung dargestellt und in welcher aussagekräftigen Form entsprechende Nachweise gegenüber dem Auftraggeber Stadt abgegeben werden können. Wie gesagt, hier gibt es bereits etablierte Verfahren und wir haben uns in unserem Antrag am Folgekostenrechner des Landschaftsverbands Rheinland orientiert.

Damit dies auch nachvollziehbar wird, ist es uns wichtig, dass dabei mit einer Gegenüberstellung verschiedener Varianten gearbeitet wird - also möglichst preiswerte Baustandards mit höheren Energiestandards und Technologien, die langfristig Betriebskosten senken. Eine Sache ist uns Grünen dabei wichtig: Aktuelle Vorhaben, die sich bereits im Planungsstadium im Rahmen von zeitlich befristeten Förderprogrammen befinden, sind aus unserer Sicht hier ausgenommen, denn wir wollen ihre Realisierung innerhalb der vorgegebenen Abrechnungszeiträume nicht gefährden.



Insekten- und Vogelsterben stoppen!

In unseren Landschaften ist es stiller und eintöniger geworden. Einige Vogel- und Insektenarten sind schon ganz verschwunden, weil ihre gesamte Art in Deutschland ausgestorben ist. Die Wissenschaft spricht von einem Vogel- und Insektensterben: Drei von vier Vögeln, die eigentlich hierzulande heimisch sind, gelten mittlerweile als gefährdet. Wir haben stellenweise über 75 Prozent der Biomasse an Fluginsekten verloren. 39 Wildbienenarten sind inzwischen ausgestorben. Selbst „Allerweltsarten“ wie Feldlerche und Spatz sind bedroht. Naturwissenschaftler*innen schlagen seit längerem Alarm: Beim Artensterben sind die Grenzen des Planeten ähnlich wie bei der Klimakrise bereits überschritten. Dabei hat jede einzelne Art eine wichtige Funktion im Ökosystem, im Zusammenspiel der Kräfte der Natur auf unserer Erde. Insekten bestäuben eine Vielzahl unserer Nahrungspflanzen und sind zugleich die Nahrungsgrundlage vieler Vögel. Weltweit sorgen Insekten durch ihre Bestäubungsleistung für eine Wertschöpfung von etwa 200 Milliarden Euro pro Jahr. Bodeninsekten sind wichtig für die Humusbildung und halten den Boden fruchtbar. Pflan-

zen speichern Kohlendioxid und regeln damit das Klima unserer Biosphäre. All dies ist die unverzichtbare Grundlage unserer Existenz. Die immer länger werdenden Roten Listen der ausgestorbenen und bedrohten Arten zeigen: Wir stecken in einer Biodiversitätskrise!

Was können wir vor Ort tun?

Wir fordern eine pestizidfreie Kommune zum Schutz von (Bestäuber-) Insekten und Vögeln in Oberhausen. Dafür sollen Blühflächen oder Projekte für fliegende, blütenbestäubende Insekten wie Bienen, Hummeln und Schmetterlinge auf geeigneten Flächen, beispielsweise Ausgleichs- und Brachflächen geschaffen werden.

Bei der Auswahl von Pflanzen für Straßenbegleitgrün, Blumeninseln, Schulhöfe, Kindergärten, Friedhöfe oder sonstige öffentliche Grünflächen soll besonders hoher Wert auf nektar- und pollenhaltige Pflanzen für Bestäuber-Insekten gelegt werden. Ferner sind vorzugsweise Bäume, Hecken und Sträucher anzupflanzen, die Vögeln bevorzugen.

Projekte an Schulen und Kitas zur Schaffung von Nisthabitaten für

Wildbienen, Hummeln und sonstige Bestäuber, wie Insektenhotels sollen gefördert werden.

Die Pflege städtischer Grün- und Verkehrsraumflächen soll ohne glyphosathaltige Mittel, somit weitestgehend ohne Pestizide beziehungsweise ohne Herbizide erfolgen.

Mittels einer Kampagne kann die Stadt Oberhausen der Bevölkerung durch intensive Öffentlichkeitsarbeit, wie in Baumärkten, Gartencentern und Friedhofsgärtnereien Maßnahmen und mögliche Alternativen nahebringen, mit dem Ziel auch auf Privatgrundstücken und in Gartenvereinen den Einsatz von Pestiziden aufzuhalten. Städtische Einrichtungen, die die Landwirtschaft, aber auch über private Gartenpflege informieren und beraten, können nachdrücklich auf die Nicht-Verwendung glyphosathaltiger Mittel hinweisen und den Zugang zu Informationsquellen zu einer bienen- und vogelfreundlichen Gartengestaltung sowie einer pestizidfreien Pflege von Haus- und Kleingärten vermitteln.

Zudem wünschen wir Grünen eine enge Zusammenarbeit der Verwaltung mit Oberhausener Naturschutz-, Gartenvereinen und Imkern zum Schutz von Bestäuber-Insekten.

DER NEUE KREISVORSTAND

Anlässlich ihrer Jahreshauptversammlung wählte der Oberhausener Kreisverband im April einen neuen Vorstand. Nachdem Vorstandssprecherin Heike Laß und Vorstandssprecher Sebastian Girrullis bereits im Vorfeld auf eine erneute Kandidatur verzichteten, wurden Katrin Menzel (*1.v.r.*) und Norbert Axt (*1.v.l.*) mit großen Mehrheiten als neues Sprecherteam gewählt. Beide gehörten bereits dem letzten Vorstand als Beisitzerin beziehungsweise als Kreiskassierer an. Sie bilden gemeinsam mit Birgit Axt (*Mitte vorne*), die zur neuen Kassiererin gewählt wurde, den geschäftsführenden Vorstand.

In ihrer Bewerbungsrede betonte die 23-jährige Menzel als Vorstandssprecherin politische Themen deutlicher nach außen zu tragen, um eine Diskussion anzuregen. Daher will sie sich für mehr Angebote und Veranstaltungen der Grünen auch außerhalb von Wahlkampfzeiten stark machen.

Axt machte klar, dass die letzten Wahlen noch einmal zeigten, wie wichtig es ist, gegen Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit anzugehen. Bei seiner Wahl legt er neben seinen Themen Umwelt- und Naturschutz gerade auf dieses politische Feld sein besonderes Augenmerk.

Mit Bürgermeisterin Steffi Opitz (*2.v.r.*) und Fraktionssprecher Andreas Blanke (*Mitte*) wählten die Mitglieder zwei weitere erfahrene Kommunalpolitiker*innen in den erweiterten Vorstand. Beide verfügen ebenfalls über langjährige Erfahrungen bei der Vor-

komplettiert den erweiterten Vorstand und Gesamtvorstands „mit frischem Wind“ in den den erweiterten Vorstand. Beide verfügen ebenfalls über langjährige Erfahrungen bei der Vor-

standarbeit. Die 21-jährige Louisa Baumann (*2.v.l.*) versicherte den Anwesenden, dass sie die Arbeit des nächsten zwei Jahren unterstützen will.



Wir laden herzlich alle Mitglieder und Interessierten zu den nächsten GRÜNEN **Stammtischen** ein. Der kennt keine Ferien: Am **05.07. und 02.08.2018**, also immer am ersten Donnerstag im Monat, treffen wir uns ab **19 Uhr** im Gdanska (Altmarkt 3) zum lockeren Austausch. Gesprächsstoff gibt es genug: Egal, ob es Oberhausen oder den Rest der Welt betrifft - wir sind für eure Themen offen.

Es grüßt der **GRÜNE** Kreisvorstand

Stadtspaziergang

Radschnellweg - Trassenerkundung am 1. September 2018

Wir laden Sie / Euch herzlich zum nächsten **Stadtspaziergang** ein. Auf dem Fahrrad wollen wir die **Möglichkeiten** einer **Trasse** im Oberhausener Süden für einen **Radschnellweg** erkunden. Los geht es um **10 Uhr**. Treffpunkt und **Start** ist der **Bahnhof Styrum** (vorderer Eingang). Ziel ist der Oberhausener **Hauptbahnhof**.

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden sich frühzeitig u.a. unter gruene-ratsfraktion-oberhausen.de

SAVE THE DATE

Impressum

BlattGRÜN - Magazin der Oberhausener GRÜNEN
Ausgabe 02/2018

Herausgeber:
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen, Elsässer Straße 19,
46045 Oberhausen, S. 1, 3-6, 8
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband
Oberhausen, Paul-Reusch-Str. 26,
46045 Oberhausen, S. 2, 7, 9-12

V.i.S.d.P.:
Stefanie Schadt (st)

Kontakt Redaktion:
E-Mail: fraktion@gruene-oberhausen.de
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen,
Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen
Tel.: 0208.82 02 96
Fax : 0208.82 02 9-80

Druck:
45.000 Exemplare,
Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH,
Zülpicher Straße 10, 40196 Düsseldorf,
auf 100 % Recycling-Papier, CO₂-zertifiziert

Print  kompensiert
Id.-Nr. 1872667
www.bvdm-online.de



Ich möchte Mitglied werden.



Ich möchte unverbindliche Infos erhalten.

Name, Vorname

Straße/Hausnummer

Plz/Ort

E-Mail

Einfach ausschneiden und an
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Paul-Reusch-Straße 26, 46045 Oberhausen

oder eine E-Mail an vorstand@gruene-oberhausen.de senden



GRUENE-OBERHAUSEN.DE

**WIR HABEN DIE
ERDE VON
UNSEREN KINDERN
NUR GEBORGT.**

Klimaschutz geht vor.

